

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 30 mm breite Zeile kostet 0,33 R.-M. für 1000mal, 0,40 R.-M. für 2000mal, 0,50 R.-M. für 3000mal, 0,60 R.-M. für 4000mal, 0,70 R.-M. für 5000mal, 0,80 R.-M. für 6000mal, 0,90 R.-M. für 7000mal, 1,00 R.-M. für 8000mal, 1,10 R.-M. für 9000mal, 1,20 R.-M. für 10000mal. Die Preisgebote für Zusatzerwerbungen beträgt 0,30 R.-M. - Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugpreise:** Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. Böten und Haus monatlich. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,40 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigenleistungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-M.

**Postadresse:** Dresden-V. 1 Postfach - Fernruf: Drisverteiler Sammelnnummer 24601. Fernverleiher 14194, 20024, 27951 - 27953. Teleg.: Neueste Dresden - Berliner Redaktion: Distoriastraße 1a; Fernruf: Kurkür 9361-9366. Postfach: Dresden 2060 - Nichterhaltene Einblendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben unsere Leser keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anteils.

Nr. 285 41. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Donnerstag 7. Dezember 1933

## Ultimatum Italiens an den Völkerbund

Rom verlangt Reform der Genfer Institution an Haupt und Gliedern - 55 Millionen Liter Milch für die deutsche Schuljugend

### Historische Nachsicht in Rom

Telegramm unfreier Korrespondenten

Rom, 6. Dezember

Ueber die mit Spannung erwartete heutige Nachsicht des Großen Faschistenrates, die unter dem Vorherrschaft des Palazzo Venezia von 10 Uhr abends bis 1,15 Uhr morgens stattfand, wurde folgender amtlicher Bericht ausgeben: „Nach der Besprechung über die Lage des Völkerbundes beschloß der Große Rat des Faschismus, das weitere Verbleiben Italiens im Völkerbund an die Bedingung einer radikalen Reform dieser Organisation zu knüpfen, die in kürzester Frist vollzogen werden muß und die die Verfassung, die Funktionen und das Aufgabenfeld des Völkerbundes umfassen soll.“ Zur Frage der am 15. Dezember künftigen Schuldenrate an Amerika erklärt das Communiqué: „Inwieweit der am 15. Dezember künftigen Kriegsschuldenrate an die Vereinigten Staaten von Nordamerika steht sich der Große Rat des Faschismus zu der Festsetzung gezwungen, daß der Gang der Ereignisse keine Verhandlungen über die Schuldentrate zugelassen habe, wie sie der Grovrat am 15. Juni vorgeschlagen hat. Der Grovrat beschloß die Zahlung von einer Million Dollar als Beweis des guten Willens Italiens und in der Erwartung, daß dieser Betrag das Geben und Haben beendet wird, der mit dem Kriege begonnen hat.“

Wiel wichtiger als diese zweite Entschlüsselung ist natürlich die Stellungnahme Italiens zum Völkerbund. Die Unzufriedenheit Roms mit dem Genfer Institut, die durch das völlige Versagen der Verhandlungen erzwungen wurde, ist nunmehr kategorisch und offiziell ausgesprochen worden. Die Reform, von deren Durchführung die römische Regierung so energisch das Verbleiben Italiens im Völkerbund abhängig macht, im einzelnen anzudeuten, ist nicht bekannt. Es darf aber angenommen werden, daß Mussolini, gegen seinen Gedanken von der „Hierarchie der Großmächte“ durch eine Veränderung des Verfahrens (vor allem Abschaffung des Erfordernisses der Einstimmigkeit) die Abhängigkeit Frankreichs und Italiens von den kleinen Völkerbundstaaten Frankreichs zu beenden suchen wird. Nach wird Italien auf die Bildung eines engeren Rates der großen Mächte drängen. Zudem sollen auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Sowjetunion und Japan zugezogen werden. Man kann nicht an dem wahren Ernst der italienischen Forderungen zweifeln. Wenn sie nicht erfüllt werden und der Völkerbund nicht grundlegend umgewandelt wird, dann wird Italien den Genfer Bund auch verlassen und ihm dadurch den Todesstoß versetzen. Am Donnerstag tritt der Große Rat erneut zu einer Sitzung zusammen.

Schon seit langer Zeit liefen Gerüchte um, auch Italien wolle den Völkerbund verlassen und der Große Faschistenrat werde in seiner Sitzung vom 5. Dezember den entsprechenden Beschluß fassen. Wir haben mehrfach an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß diese Nachrichten in dieser Form nicht den Tatsachen entsprechen, daß aber die Kritik am Völkerbund in Italien eine Stütze angenommen habe, die grundlegende neue Entschlüsse der italienischen Regierung erwarten lassen.

Diese grundlegenden Entschlüsse sind nun erfolgt. Italien ist zwar nicht aus dem Völkerbund ausgetreten, aber es hat ein sehr deutliches und drastisches Ultimatum an die Genfer Institution gerichtet, in dem es seinen Austritt für die Zukunft ankündigt, falls nicht in Genf eine Reform an Haupt und Gliedern vorgenommen wird. Das römische Ultimatum bedeutet das Ende des Völkerbundes, wie er im Jahre 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz organisiert wurde. England, Amerika, Japan und Deutschland gehören dem Bunde nicht mehr an. Italien stellt sich in der Sache auf die Seite der Nichtmitgliedsstaaten und erklärt, daß es diesem Völkerbund auf die Dauer nicht mehr angehören könne. Es gibt also nur eine Wahl: Entweder muß der Völkerbund auf ganz neuer Grundlage aufgebaut werden, oder aber er bricht völlig zusammen. Auf jeden Fall schließt mit dem italienischen Ultimatum die Genfer Völkerbundkonvention, die mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags begann.

Nach einem Bericht des englischen Reutersbüros verlangt Italien eine Revision in drei Richtungen:

1. Die Beschränkung des Rechts der kleineren Mächte, ihre Stimme über Probleme abzugeben, die sie nur teilweise betreffen.
2. Die Vereinfachung des Völkerbundsverfahrens um die in Rom der Ansicht, daß augenblicklich die enge Einanbindung der Entscheidungen und die Vermehrung der Ausschüsse einen Fortschritt zu sein wie unmöglich machten.
3. Die Vereinfachung des Völkerbundes vom Rahmenwert des Versailles Vertrages und anderer Nachkriegsverträge. Wogegen es in Italien sehr erwidert gekämpft worden, und man ist der Ansicht, daß dies den Völkerbund zu einer Einrichtung für die Wahrung der Gewinne der Siegerstaaten unter der Herrschaft Großbritanniens und Frankreichs

macht. Die Folge war, daß die europäischen Nationen in zwei Gruppen geteilt wurden, die „Beligerten“ und die „Besiegten“.

Nachdem Italien gesprochen hat, haben jetzt England und Frankreich das Wort. Denn durch diese italienische Aktion ist der Völkerbund nun auch formal zu dem geworden, was er tatsächlich immer gewesen ist: an einer englisch-französischen Inkarnation zur Aufrechterhaltung des in den Friedensverträgen des Jahres 1919 geschaffenen status quo in Europa. Nach dem historischen Entschlusse Adolf Hitlers, den Völkerbund zu verlassen, ist der getriebene Beschluß des Großen Faschisten-Rates der zweite energische Schritt zu einer Revision der untragbar gewordenen Nachkriegsverhältnisse in Europa. Wenn der Völkerbund weiter existieren will, wird er, gereinigt von allen Schäden der Zwangsverträge, zu einer wirklichen übernationalen Organisation der Völker, vor allem der europäischen Völker, werden müssen, in der es keine Sieger und Besiegte, keine Besiegten und keine Besiegten gibt, sondern in der, wie dies im Reine schon der Viermächtepakt enthält, jeder Staat über das Recht verfügt, auf das er nach seinem politischen Gewicht, seiner Bevölkerungsgröße und seiner wirtschaftlichen Stärke berechtigten Anspruch hat.

### Litwinows Berliner Besuch

Bericht unserer Berliner Redaktion

P. Berlin, 6. Dezember

Litwinow wird auf der Reise von Rom nach Moskau über Berlin reisen und in der Reichshauptstadt eine Zusammenkunft mit dem nun ernannten amerikanischen Botschafter für die Sowjetunion haben. Es ist aber noch zweifelhaft, ob er in Berlin auch der deutschen Regierung einen offiziellen Besuch abstatten wird. Man muß sich dazu erinnern, daß eine Aufnahmegruppe mit Litwinow nach Berlin nach Washington begab. Bei einem Presseempfang, der gestern in Rom veranstaltet wurde, erklärte Litwinow auf die Frage, ob Italien die Vermittlerrolle übernehmen möge, um bessere Beziehungen zwischen Deutschland und Russland herzustellen, daß eine Vermittlung von italienischer Seite nicht nötig sei, es bestünde direkte Verbindung zwischen Moskau und Berlin. Ebenso sei ein neuer Vertrag überflüssig, da der alte vollkommen seinen Zweck erfüllt.

New York, 6. Dezember. (Durch United Press.) Die Aufhebung der Prohibitionsbestimmungen der amerikanischen Verfassung wurde verkündet, nachdem die Wahlmänner des Staates sich die Ratifizierung der Wiedereinleitungsverordnung vollzogen haben. Die Nachricht hieron wurde sofort nach Washington telegraphiert, wo Unterstaatssekretär Phillips als Vertreter des auf der panamerikanischen Konferenz in Montevideo weilenden Staatssekretärs Hull unverzüglich die Aufhebung der Prohibition proklamierte. Diese hat sofort praktische Wirkung für 19 von 48 Staaten der Union, während in den restlichen 29 vorläufig noch die staatlichen Prohibitionsregeln weiterbestehen.

In ganz Amerika waren umfassende Vorbereitungen getroffen worden, um das Ende der Prohibition in „würdiger Weise“ zu feiern. Die von den Klubs, Restaurants, Hotels und anderen Gaststätten getroffenen Anordnungen wurden aber aus größter Zustimmung des Publikums durch den Beschluß des Staates Miß, die Abstimmung der Wahlmänner erst auf spätere Zeit auszuschieben, umgekehrt. Unzählige Amerikaner, die sich bereits darauf gefreut hatten, nach ihrem gehörigen Abendessen auf das Ende der Prohibition anzugehen zu können, mußten sich entweder bis heute gedulden oder sind gezwungen, die Aufhebung der Prohibition mit unerschöpflichem Alkohol zu begehen, da der legale Verkauf von alkoholischen Getränken jeder Art erst nach der formellen Aufhebung der Prohibition erfolgen darf. Der Fall der Prohibition wurde, als dann die erste Nacht eintrat.

in ganz Amerika mit einem einzigen großen Freudenfest begangen.

In San Francisco feierte man die Aufhebung der Prohibition unter offizieller Teilnahme der Behörden. Feinschmecker eingeladenen mit kalifornischen und europäischen Weinen und andern alkoholischen Getränken wurden unter Begleitung von politischen Notarabgeordneten durch die Stadt geführt und von der Bevölkerung mit begeisterten Rufen begrüßt. In französische und italienische Lokale geflüchtete Mädchen verschiedener Völker, die die Stadt ausproben verschiedener Weine. Die Stadt hat an Präsident Roosevelt ein Schreiben abgegeben, das diesem kalifornische Weine aus den Vorkriegszeiten als Zeichen der Dankbarkeit für die Aufhebung der Prohibition überbringt.

In vielen Orten reichlich die Bozette an Wein und Bier nicht aus.

Im diesem Rangefest wenigstens teilweise abschließen, waren von kanadischen Brauereien und Weintrauben unzählige Kanadische Exporteure und Weinhändler nach den amerikanisch-kanadischen Grenzorten geschickt worden, die sofort nach der Bekanntgabe der offiziellen Aufhebung der Prohibition in den Vereinigten Staaten die Grenze überqueren und ihre beehrte Ladung in den der Grenze nächstgelegenen größeren amerikanischen Orten absetzen. Sogar in Flinten waren wurde der kanadische Alkohol in viele der Hauptstädte Nordamerikas transportiert. In amtlichen Kreisen und in der breiten Öffentlichkeit rednet man damit, daß am heutigen Abend nicht nur die dreizehnjährige Prohibitionsperiode abgeschlossen, sondern

### Keine Suche nach den Nichtwählern

vda. Berlin, 6. Dezember

Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen in einem Brief gebeten, darauf hinzuwirken, daß jede Wahngabe unterbleibe, die auf eine Fehlwahlung der Nichtwähler oder eine Fehlwahlung hinausläuft. Der Minister hat auch die Reichsleitung der NSDAP. verständigt. Von verschiedenen Seiten ist nämlich angeregt worden, die stimmberechtigten Personen festzusetzen, die am 12. November mit Absicht der Wahlurne ferngeblieben sind. „Angesichts der Tatsache“, so heißt es jedoch in dem Schreiben des Reichsinnenministers, „daß das deutsche Volk am 12. November mit einer überwältigenden Mehrheit zu seinem Führer Adolf Hitler und zu den von der Reichsregierung verfolgten Zielen bekannt hat, erscheint mir eine nachträgliche

und das dunkle Kapitel des Alkoholschmuggels und Gaunaktivismus nach der Aufhebung der Prohibition beendet werden wird.

Ein letzter verwehlter Versuch.

Das Ende der Prohibition weiter hinaus zu schieben, wurde gestern von den „Trodden“ beim Obersten Gericht des Bezirkes Columbia unternommen. Die „Trodden“ suchen eine gerichtliche Entscheidung zu erhalten, die es dem bevollmächtigten Staatssekretär unterliegen sollte, als Vertreter der Bundesregierung die Aufhebung der Prohibition zu ratifizieren. Der Antrag der „Trodden“ wurde jedoch erwartungsgemäß abgewiesen. Eine Ueberprüfung über

die Verluste an Weinsteuern.

Die Durchführung der Prohibition in den Vereinigten Staaten forderte, wurde vom Staatlichen Amt der Bundesregierung veröffentlicht. Der Aufhebung des Amtes zufolge, kamen in den Jahren 1920 bis 1933 15549 Personen ums Leben. In den Vereinigten Staaten der Bundesregierung sind gegenwärtig noch 165 Personen, die wegen Vergehens gegen die Prohibitionsregeln bestraft wurden.

Die Dampfer, die gestern in New York ankamen

und die früher mit dem Eintritt in die Treibstoffzone den Alkoholgeschmack einziehen mußten, dürfen jetzt auch im Hafen den Betrieb in ihren Bars aufnehmen. Auch schon die Passagiere, die vor der formellen Aufhebung der Prohibition an Bord gingen, wurden von den Zollbeamten nicht mehr daran verhindert, Alkohol in ihrem Gepäck mitzubringen. In verschiedenen Städten wurden Gottesdienste veranstaltet, in denen die Hoffnung von den Predigern zum Ausdruck gebracht wurde, daß mit dem Fall der Prohibition auch die Götterdämonen ihren Einzug wieder halten wird.

Vor Mißbrauch der Alkoholfreiheit warnt Präsident Roosevelt

In einer Proklamation an das amerikanische Volk, er fordert seine Verdienste zur Wahrung der Gerechtigkeit und erklärt, es müsse jetzt endlich Schluss gemacht werden mit den Götterdämonen und dem verbrecherischen Treiben der Alkoholfreier. Es sei die Pflicht eines jeden amerikanischen Bürgers, sich keine Getränke nur bei den staatlich zugelassenen Verkaufsstellen zu beschaffen. Weiter tritt Roosevelt dafür ein, daß in denjenigen Staaten, die bisher noch keine Ausführungsbestimmungen getroffen haben, diese Bestimmungen rasch nachgeholt werden. Ganz besonders müsse eine Wiederkehr der Winkeltreiben mit ihren verheerenden Folgen für die soziale Lage der Arbeiterklasse und für die gesamte Volkswirtschaft verhindert werden. Zum Schluss betont Roosevelt noch einmal, die wiedergewonnene Freiheit dürfe nicht mißbraucht werden, sondern das gesamte Volk müsse helfen, die Nation vor dem Geleitz wieder herzustellen.

Das Staatsdepartement hat die amerikanischen Vertretungen im Ausland benachrichtigt, daß keine Einfuhrerlaubnis für den Verkauf von Bier und ähnlichen Getränken nach den Vereinigten Staaten erforderlich ist, daß sich die Einfuhrbeschränkungen vielmehr nur auf Weine und destillierte Alkoholgetränke beziehen.

Bestimmung der Nichtwähler als eine heimliche und unzulässige Maßnahme. Das gleiche gilt hinsichtlich der mehrfach vorgeschlagenen Festsetzung der Personen, die sich einen Stimmgeld haben auslösen lassen und trotzdem von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Mögen alle diese Personen, wie die Reichsregierung, es mit sich selbst abmachen, daß sie sich am Entscheidungstag der deutschen Nation bewusst außerhalb der Volksgemeinschaft stellen haben.

### Keine Weihnachtsmesse in Oesterreich

Wid. Wien, 6. Dezember. (Durch Funkpruch)

Der österreichische Justizminister Schuschnigg erklärte, daß die Bistumsverordnungen über eine bevorstehende Weihnachtsmesse für politische Zwecke der inländischen Unterlage entbehren. Dem sei von einem solchen Plan nichts bekannt.